

Pressemitteilung: Windpark Hohenböken

Ganderkesee, 24. August 2023

Konrad Lübbe
Fraktionsvorsitzender

konrad.luebbe@ewe.net

FDP-Ortsverband Ganderkesee
Bookhorner Wiesen 7
27777 Ganderkesee

Tel.: +49 (0)170 9929 641
www.fdp-ganderkesee.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die FDP Fraktion der Gemeinde Ganderkesee begrüßt den Kompromiss zwischen allen Beteiligten, den Naturschutzverbänden, Ortsvereinen und der WPD als Investor für den geplanten Windpark Hohenböken Moor. Der Kompromiss der Beteiligten bringt mehr Planungssicherheit und somit auch ein unkritischeres Genehmigungsverfahren, welches nun für das Hohenböken Moor angeschoben werden sollte. Der Kompromiss zeigt aber auch, dass es einen Konsens zwischen Natur- und Klimaschutz geben kann.

Der Kompromiss bedeutet auch, dass die zuvor vorgesehene Fläche auf dem Gemeindegebiet Ganderkesee nicht mehr in Gänze zur Verfügung stehen. Laut Auskunft der Gemeindeverwaltung hätte eine komplette Ausweisung des Höhenböken Moores, gemäß Antrag der WPD, eine Quote von 2,51 % für eine Nutzung von Windenergieanlagen für die Gemeinde Ganderkesee betragen. Daher muss die Gemeinde Ganderkesee nach weitere Flächenpotentialen für Windkraftanlagen, gemäß Vorgabe der niedersächsischen Landesregierung 2,7 % der Landkreisfläche, suchen, um die Quote zu erfüllen. Zurzeit gibt es nur entsprechende Zielvorgaben auf Landkreisebene, nicht aber auf dem Gemeindegebiet von Ganderkesee.

Der Gemeinderat Ganderkesee hat auf Antrag der FDP-Fraktion im Juni eine Potenzialflächenanalyse für Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet von Ganderkesee beschlossen, um weitere Flächen für Windenergieanlagen zu erkunden. Das Ergebnis dieser Potenzialflächenanalyse wird für Ende 2023 / Anfang 2024 erwartet. Wie wichtig dieser Beschluss war, zeigt nun die Kompromisslösung, weil nicht mehr alle Flächen im Höhenböken Moor zur Verfügung stehen. Daher ist die Gemeinde Ganderkesee dann gut aufgestellt und kann weitere Flächen für die Nutzung von Windenergieanlagen zur Verfügung stellen.

Die niedersächsische Landesregierung droht zumal damit, falls die Quote von 2,2 % (auf Landesebene) bis zum 31.12.2026 von den Landkreisen in Niedersachsen nicht erfüllt wird, diese auf 2,5 % zu erhöhen, unabhängig davon, ob der Landkreis Ol-

denburg die Quote von 2,7 % erfüllt hat. Das würde bedeuten, dass weitere Flächen, auch ohne die Ausschlusswirkung im Außenbereich privilegiert sind. Diese Vorgehensweise der Landesregierung wird seitens der FDP-Fraktion auf schärfste kritisiert, da dadurch keine Plansicherheit für die 939 Kommunen in Niedersachsen besteht.

Der Stromverbrauch unserer Bevölkerung wird durch die beschlossene Energiewende zukünftig weiter zunehmen. Verlässliche Vorgaben über zukünftige Energieverbräuche, wie diese dann mit welchem Energieträger (Wind, Sonne, Biogasanlagen, Erdwärme usw.) bedient werden können, wären sinnvoll. Dafür müssen den Kommunen aber auch realistische Zeitrahmen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Konrad Lübbe
Fraktionsvorsitzender